

2015

STATISTISCHE BERICHTE



Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände am 1. Januar 2015

Inhalt

	Seite
Erläuterungen und Rechtsgrundlagen	3
Tabellen	
T 1 Versorgungsempfänger/-innen des Landes am 1. Januar 2015 nach Art der Versorgung, Art des früheren Dienstverh und Besoldungsgruppen	
T 2 Versorgungsempfänger/-innen der Gemeinden/Gemeindeverbände am 1. Jan nach Art der Versorgung, Geschlecht, Rechtsgrundlage für die Versorgung, Artüberen Dienstverhältnisses und Besoldungsgruppen	
T 3 Versorgungsempfänger/-innen des Landes und der Gemeinden/Gemeindever 1. Januar 2015 nach Art der Versorgung, Geschlecht und Altersgruppen	bände am 7
T 4 Zugänge von Ruhegehaltsempfängern/-innen zum Versorgungssystem der Be und Richter/-innen des Landes im Jahr 2014 nach Aufgabenbereichen, Laufba Geschlecht, Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles und Altersgrupper	ahngruppen,
T 5 Zugänge von Ruhegehaltsempfängern/-innen zum Versorgungssystem der Beder Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2014 nach Aufgabenbereiche gruppen, Geschlecht, Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles und Alte	en, Laufbahn-

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau Null)
- ... Angabe fällt später an
- / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- D Durchschnitt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl
- () Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist
- A Besoldungsgruppe; Beamte des 1.- 4. Einstiegsamtes
- B Besoldungsgruppe; besondere Ämter des 4. Einstiegsamtes
- R Besoldungsgruppe; Richter, Staatsanwälte
- C, H Besoldungsgruppe; Hochschullehrer
- S Besoldung im Spitzenamt
- L Besoldung im Lehramt

Geringfügige Abweichungen in den Summen sind auf Runden der Zahlen zurückzuführen.
Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen erklären sich durch inzwischen vorgenommene Korrekturen.
Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie "von 50 bis unter 100" die Kurzform "50-100" verwendet.

Ziel der Statistik

Die Versorgungsempfängerstatistik liefert Daten über die Leistungsberechtigten des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems. Hierzu gehören Versorgungsempfänger/-innen nach dem Beamtenversorgungsrecht sowie nach beamtenrechtlichen Grundsätzen (Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Dienstordnungsangestellten sowie jeweils deren Hinterbliebenen).

Die Daten können zusammen mit den Personalstandsdaten der aktiven Beamten und Richter als Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamten- und Versorgungsrechts verwendet werden. Außerdem sind sie für Berechnungen über die zukünftige Entwicklung der Versorgungsberechtigten und die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen auf die Haushalte der Gebietskörperschaften nutzbar.

Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBI. I S. 438), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Mai 2013 (BGBI. I S. 1312), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBI. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBI. I S. 2749) geändert worden ist. Details werden insbesondere in §7 FPStatG geregelt.

Erhebungsumfang

Die Versorgungsempfängerstatistik ist eine Vollerhebung. Die Daten werden unabhängig vom Wohnort (d.h. auch wenn die Versorgungsempfänger im Ausland leben) erfasst.

Regionale Ebene

Prinzipiell liegen auch regionalisierte Daten vor. In dem vorliegenden statistischen Bericht werden jedoch nur Summendaten für das Land sowie separat für die Gemeinde/Gemeindeverbände veröffentlicht.

Berichtskreis

Befragt werden alle öffentlichen Einheiten, die Beamte, Richter oder Dienstordnungsangestellten führen können (Dienstherrnfähigkeit). Stellvertretend für einige öffentliche Einheiten liefern die Versorgungskassen sowie das Landesamt für Finanzen dementsprechende Daten zu den Versorgungsempfänger.

Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt

Für alle Versorgungsempfänger/-innen des Landes und der Gemeinden/Gemeindeverbände werden Geburtsmonat und -jahr, Geschlecht, Familienstand, Art des früheren Dienstverhältnisses, Rechtsgrundlage der Versorgung, Art des Versorgungsanspruchs, Besoldungsgruppe, Wohnort, Ruhegehaltssatz, Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles, Bruttobezüge des Vorjahres, Bezügebestandteile im Berichtsmonat erfasst. Zudem werden Zu- und Abgänge des Vorjahres erhoben.

Der Berichtszeitpunkt ist der 1. Januar des Berichtsjahres.

Vergleichbarkeit

Die Versorgungsempfängerstatistik in der aktuellen Form wurde zum Stichtag 01.01.1994 zum ersten Mal erhoben. Die Vergleichbarkeit der Daten aus der Versorgungsempfängerstatistik mit den Vorjahren ist weitgehend gewährleistet.

Die Versorgungsempfängerstatistik liefert Informationen zu den ehemaligen Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern sowie Dienstordnungsangestellten. Dieser Personenkreis wird während des aktiven Berufslebens von der Personalstandstatistik erfasst. Beide Statistiken werden methodisch im Einklang weiterentwickelt, so dass eine Vergleichbarkeit weitgehend gewährleistet ist.

Geheimhaltungsverfahren

Nach § 16 BStatG sind Einzelangaben grundsätzlich geheim zu halten, soweit durch besondere Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist. § 15 FPStatG lässt die Veröffentlichung von Ergebnissen auf Ebene der Erhebungseinheit mit Ausnahme der in § 2 Absatz 1 Satz 1 Nr. 7 FPStatG genannten Stellen (Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung) zu. Angaben zu einzelnen Personen unterliegen aber der Geheimhaltung. Lediglich den obersten Bundes- und Landesbehörden dürfen nach § 14 FPStatG für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, Tabellen mit Ergebnissen übermittelt werden, auch wenn Tabellenfelder nur einen einzigen Fall enthalten.

Zur Sicherstellung der Geheimhaltung wird in der vorliegenden Veröffentlichung ein in der amtlichen Statistik bundesweit abgestimmtes Rundungsverfahren angewendet. Alle Tabellenfelder mit Fallzahlen werden zunächst ohne Rundung ermittelt. Anschließend wird jede Zahl für sich auf ein Vielfaches von 5 auf- oder abgerundet.

T 1 Versorgungsempfänger/-innen des Landes am 1. Januar 2015 nach Art der Versorgung, Geschlecht, Rechtsgrundlage für die Versorgung, Art des früheren Dienstverhältnisses und Besoldungsgruppen

13 655 275 645 2 075 4 120 6 210	Ruhegehalt ng nach Beam 10 490 190 440 1 515	2 920 80 190	Waisengeld ngsrecht 245 5 15	Versorgungs- bezügen insgesamt 5 040 100 225	Ruhe- gehalt 2 160 15 30	Witwengeld
zügen gesamt Versorgu 13 655 275 645 2 075 4 120	10 490 190 440 1 515	geld ntenversorgur 2 920 80 190	ngsrecht 245 5	bezügen insgesamt 5 040	gehalt 2 160 15	geld 2 77
13 655 275 645 2 075 4 120	10 490 190 440 1 515	2 920 80 190	245 5	100	15	8
275 645 2 075 4 120	190 440 1 515	80 190	5	100	15	;
275 645 2 075 4 120	190 440 1 515	80 190	5	100	15	;
275 645 2 075 4 120	190 440 1 515	80 190	5	100	15	;
645 2 075 4 120	440 1 515	190				
2 075 4 120	1 515			225	30	
4 120						1
4 120						
		535	25	665	120	5
6 210	3 095	970	55	1 415	440	9
	5 020	1 075	120	2 455	1 435	9
325	235	65	25	180	120	
24 735	20 165	4 235	335	12 730	8 860	3 7
4 835	4 045	725	65	2 485	1 830	6
165	140	25	-	30	5	
2 340	1 735	580	25	655	65	5
12 505	10 515	1 860	135	7 980	6 440	1 4
3 100	2 430	625	45	1 060	445	5
1 435	1 080	315	40	380	55	3
345	215	105	25	140	20	1
4 985	3 275	1 575	135	1 925	305	1 5
1 695	1 160	515	20	570	50	5
1 775	1 130	605	40	700	90	5
965	630	285	50	380	80	2
385	255	110	20	195	75	1
160	100	55	5	70	10	
10		10	-	10		
355	210	140	5	145	5	1
190	150	40		40		
125	45	80		80		
40	20	20	5	25		
-	-	-	-	-	-	
43 730	34 135	8 870	725	19 840	11 330	
	4 835 165 2 340 12 505 3 100 1 435 345 4 985 1 695 1 775 965 385 160 10 355 190 125 40	4 835	4 835 4 045 725 165 140 25 2 340 1 735 580 12 505 10 515 1 860 3 100 2 430 625 1 435 1 080 315 345 215 105 4 985 3 275 1 575 1 695 1 160 515 1 775 1 130 605 965 630 285 385 255 110 160 100 55 10 . 10 355 210 140 190 150 40 125 45 80 40 20 20	4 835 4 045 725 65 165 140 25 - 2 340 1 735 580 25 12 505 10 515 1 860 135 3 100 2 430 625 45 1 435 1 080 315 40 345 215 105 25 4 985 3 275 1 575 135 1 695 1 160 515 20 1 775 1 130 605 40 965 630 285 50 385 255 110 20 160 100 55 5 10 . 10 - 355 210 140 5 190 150 40 . 125 45 80 . 40 20 20 5	4 835 4 045 725 65 2 485 165 140 25 - 30 2 340 1 735 580 25 655 12 505 10 515 1 860 135 7 980 3 100 2 430 625 45 1 060 1 435 1 080 315 40 380 345 215 105 25 140 4 985 3 275 1 575 135 1 925 1 695 1 160 515 20 570 1 775 1 130 605 40 700 965 630 285 50 380 385 255 110 20 195 160 100 55 5 70 10 . 10 - 10 355 210 140 5 145 190 150 40 . 40 125 45 80 . 80 40 20 20 5	4 835 4 045 725 65 2 485 1 830 165 140 25 - 30 5 2 340 1 735 580 25 655 65 12 505 10 515 1 860 135 7 980 6 440 3 100 2 430 625 45 1 060 445 1 435 1 080 315 40 380 55 345 215 105 25 140 20 4 985 3 275 1 575 135 1 925 305 1 695 1 160 515 20 570 50 1 775 1 130 605 40 700 90 965 630 285 50 380 80 385 255 110 20 195 75 160 100 55 5 70 10 10 . 10 - 10 . 355 210 140 5 145 5 190

T 2 Versorgungsempfänger/-innen der Gemeinden/Gemeindeverbände¹ am 1. Januar 2015 nach Art der Versorgung, Geschlecht, Rechtsgrundlage für die Versorgung, Art des früheren Dienstverhältnisses und Besoldungsgruppen

Art des früheren Dienstverhältnisses		Empfänger	/-innen von		darunter Empfängerinnen von			
Versorgungsrelevante Besoldungsgruppe	Versorgungs- bezügen insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwer- geld	Waisengeld	Versorgungs- bezügen insgesamt	Ruhe- gehalt	Witwen- geld	

	Versorgung	nach Beamte	enversorgungs	recht			
Beamter/-in							
4. Einstiegsamt	1 280	935	320	25	380	55	315
B 11 - B 5	90	65	25	-	30		25
B 4-B1	300	245	50	5	60	5	50
A 16 + Amtszulage, A 16	250	180	65	5	75	5	65
A 15	290	190	100	5	115	20	95
A 14	295	220	65	10	85	20	65
A 13	55	40	10	5	20	10	10
3. Einstiegsamt	3 625	2 530	1 015	75	1 255	220	995
A 14 "S", A 13 "S" + Amtszulage	25	25	5	-	5		5
A 13 "S"	1 045	785	250	10	270	15	245
A 12	1 175	780	375	15	430	50	370
A 11	1 000	695	285	20	370	85	275
A 10	350	235	90	25	165	65	85
A 9	25	10	10	5	15	5	10
2. Einstiegsamt	1 155	790	340	25	420	65	335
A 10 "S", A 9 "S" + Amtszulage	130	95	30	5	30		30
A 9 "S"	470	295	170	10	190	15	170
A 8	295	235	50	5	75	20	50
A 7	210	135	70	5	95	25	70
A 6	40	20	20	-	25	5	20
A 5	10	5	5	-	5	-	5
1. Einstiegsamt	100	35	60	5	60	-	60
A 6 "S", A 5 "S" + Amtszulage	-	-	-	-	-	-	_
A 5 "S"	80	35	45	•	45	-	45
A 4 - A 1	20	5	15		20	-	15
Sonstige	30	20	10	-	15	5	10
Zusammen	6 185	4 310	1 745	130	2 130	350	1 715
	Versorgung nac	ch beamtenre	chtlichen Grun	ndsätzen			
	V Croorgang nav	on beamene	orthorier Gran	id datzeri			
Arbeiternehmer/-innen	40	35	5	-	10	5	5
	Versorgun	gsempfänger	/-innen insgesa	amt			
Insgesamt	6 225	4 345	1 750	130	2 140	350	1 725

¹ Einschließlich Zweckverbände.

T 3 Versorgungsempfänger/-innen¹ des Landes und der Gemeinden/Gemeindeverbände am 1. Januar 2015 nach Art der Versorgung, Geschlecht und Altersgruppen

		Empfänger	/-innen von		darunt	er Empfängerinnen von		
Alter von	Versorgungs-		Witwen-/		Versorgungs-	darunter		
bis unter Jahren	bezügen insgesamt	Ruhegehalt	Witwer- geld	Waisengeld	bezügen insgesamt	Ruhe- gehalt	Witwen- geld	
			Land					
unter 15	65			65	25			
15–20	65 125	-	-	65 125	35 45	-		
20–25	215	-	-			-		
25–30	100	-	-	215	110	-		
30–35	25	5 10	5	100 10	40 15	5		
35–40	60	35	10	15	35	25		
40–45	100	65	20	10	70	25 45	:	
45–50	225	120	75	25	150	75		
50–55	450	235	175	40	280	95	10	
55–60	1 130	765	325	40	610	300	29	
60–65	5 080	4 390	665	30	2 130	1 530	5	
65–70	10 880	10 030	835	15	4 535	3 820	70	
70–75	9 785	8 575	1 205	10	3 865	2 815	1 0	
75–80	6 495	5 025	1 455	15	2 620	1 280	1 3	
80–85	3 640	2 310	1 320	5	1 825	575	1 24	
85–90	3 380	1 840	1 535	5	2 000	515	1 4	
90–95	1 645	620	1 025	-	1 210	200	10	
95 und mehr	335	110	225	_	260	40	22	
		110			200	10		
Insgesamt	43 730	34 135	8 870	725	19 840	11 330	8 16	
		Gemeinde	n/Gemeindeve	rbände ²				
unter 45								
unter 15	15	-	-	15	5	-		
15–20	35	-	-	35	20	-		
20–25	30	-	-	30	15	-		
25–30	20		-	20	10	-		
30–35 35–40	5	5		-	5			
40–45	10	5		-	10	5		
45–50	25	20	5		10	10		
45–50 50–55	65	40	15	5	40	20		
55–60	115	75	40	5	60	25	;	
60–65	235	160	70	5	120	45		
65–70	605	505	95	10	140	45	!	
70–75	1 235	1 100	130		175	50	1:	
75–80	1 085	915	165	5	215	50	10	
, o -00	920	640	280	-	310	35	2	
00 05	670	355	310	5	330	20	3	
80–85					395	25	3	
85–90	705	335	370					
85–90 90–95	355	130	225		235	10	22	
85–90				-				

¹ Nur Versorgungsempfänger/-innen, deren Bezüge nach Beamtenversorgungsrecht ermittelt werden. - 2 Einschließlich Zweckverbände.

T 4 Zugänge von Ruhegehaltsempfängern/-innen zum Versorgungssystem der Beamten/-innen und Richter/-innen des Landes im Jahr 2014 nach Aufgabenbereichen, Laufbahngruppen, Geschlecht, Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles und Altersgruppen

Grund für den Eintritt				Beamte/-inne	en und Richter/	-innen im		
des Versorgungsfalles Alter von bis unter Jahren	ins- gesamt	Schul- dienst	Vollzugs- dienst	in übrigen Bereichen	4. Einstiegs- amt	3. Einstiegs- amt	2. Einstiegs- amt	1. Einstiegs amt
		I	₋and insgesai	mt				
Dienstunfähigkeit	215	105	45	65	35	130	50	
unter 45	215	5	15	5		10	15	
45–50	25	15	5	5		15	5	
50–55	25	10	10	10	5	15	10	
55–60	60	25	15	20		30	15	
60 und älter	80	55	5	25		55	10	
Besondere Altersgrenze	295	-	295	-	5	260	35	
Antragsaltersgrenze bei Schwerbeh.	175	95	20	60	40	105	30	
und besonderer Altersgrenze								
Allgemeine Antragsaltersgrenze	325	235	-	80	105	195	25	
Gesetzliche Regelaltersgrenze	1 555	1 220	-	315	500	960	95	
Übrige Gründe	-	-	-	-	-	-	-	
I n s g e s a m t	2 570	1 655	365	515	680	1 650	230	1
			Frauen					
Dienstunfähigkeit	100	70	10	20	15	70	20	
unter 45	20	5	10	5		10	5	
45–50	15	10	_	5			5	
50–55	15	10		5		10	5	
55–60	25	15	-	5	5	15	5	
60 und älter	30	30	-	5		30		
Besondere Altersgrenze	5	-	5	-	-		5	
Antragsaltersgrenze bei Schwerbeh.	55	45	-	5	5	45	5	
und besonderer Altersgrenze								
Allgemeine Antragsaltersgrenze	170	150	-	15	40	125	5	
					120	555	15	
Gesetzliche Regelaltersgrenze	695	655	-	35	130	555	15	

Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen

T 5 Zugänge von Ruhegehaltsempfängern/-innen zum Versorgungssystem der Beamten/-innen der Gemeinden und Gemeindeverbände¹ im Jahr 2014 nach Aufgabenbereichen, Laufbahngruppen, Geschlecht, Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles und Altersgruppen

Council file days Finding				Beamte/-inne	en und Richter/	-innen im					
Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles Alter von bis unter Jahren	ins- gesamt	Schul- dienst	Vollzugs- dienst	in übrigen Bereichen	4. Einstiegs- amt	3. Einstiegs- amt	2. Einstiegs- amt	1. Einstiegs- amt			
Gemeinden / Gemeindeverbände ¹ insgesamt											
Dienstunfähigkeit	50	-	5	45	5	30	15	-			
unter 45	5	-		5	-	5	5	-			
45–50	5	-	-	5	-			-			
50–55	10	-		5	-	5	5	-			
55–60	15	-		15		10	5	-			
60 und älter	15	-	-	15		15		-			
Besondere Altersgrenze	10	-	10	-	-	-	10	-			
Antragsaltersgrenze bei Schwerbeh. und besonderer Altersgrenze	25	-	-	25		15	5	-			
Allgemeine Antragsaltersgrenze	75	5	-	75	15	55	10	-			
Gesetzliche Regelaltersgrenze	105	5	-	100	25	70	5	-			
Übrige Gründe	35	-	-	35	20	10	5	-			
Insgesamt	295	5	15	275	65	180	50	-			
			Frauen								
Dienstunfähigkeit	15	-	-	15		10	5	-			
unter 45	5	-	-	5	-	5		-			
45–50	5	-	-	5	-			-			
50–55		-	-		-			-			
55–60	5	-	-	5			-	-			
60 und älter		-	-		-		-	-			

Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen

5

25

Besondere Altersgrenze

Antragsaltersgrenze bei Schwerbeh. und besonderer Altersgrenze

Allgemeine Antragsaltersgrenze

Gesetzliche Regelaltersgrenze

Übrige Gründe

Insgesamt

5

25

5

15

5

¹ Einschließlich Zweckverbände.

Impressum

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz Mainzer Straße 14-16 56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0 Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de Internet: www.statistik.rlp.de

Kostenfreier Download im Internet: http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-berichte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2016

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.